leistet am besten die erforderliche Klarheit über den Inhalt der V. und den Nachweis einer ordnungsgemäßen staatlichen Leitung. Wichtige V., deren rechtliche Wirkung länger andauert, sollten daher schriftlich erlassen werden, selbst wenn das in Rechtsvorschriften nicht ausdrücklich verlangt wird. Eine schriftliche V. muß in der Regel enthalten: die Bezeichnung des erlassenden staatlichen Organs mit der Unterschrift des verantwortlichen Staatsfunktionärs ; Ort und Datum des Erlasses ; genaue Bezeichnung des Adressaten; eine präzise Darlegung des verpflichtenden oder begünstigenden Inhalts, die zugrunde liegenden Rechtsvorschriften und mögliche Rechtsfolgen; eine entsprechende klare Begründung, eine Entscheidung über Gebühren und Auslagen soweit rechtlich gefordert; bei verpflichtenden V. eine Rechtsmittelbelehrung. Die durch V. in Ausübung staatlicher Verwaltung begründeten konkreten Rechtsverhältnisse sind Gegenstand des -> *Verwaltungsrechts*.

Vergehen *Straftat*

Verhaltensnorm *Rechtsnorm*

Verjährung: durch Rechtsnorm festgelegte oder vereinbarte Frist, nach deren Ablauf ein Recht (Anspruch) nicht mehr mit Hilfe des Gerichts durchgesetzt werden kann und der Schuldner berechtigt ist, die Erfüllung zu verweigern. Ausnahmsweise kann bei Vorliegen schwerwiegender Gründe das Staatliche Vertragsgericht eine Forderung nach Ablauf der V.sfrist aussprechen oder die Vollstreckung auch nach Ablauf der Vollstreckungsfrist durchsetzen. Die V.sfristen sind je nach der Art der Ansprüche und Forderungen unterschiedlich. Sie sind z. B. im Zivil- und Wirtschaftsrecht von 6 Monaten bis zu 30 Jahren differenziert. Nach dem LPG-Gesetz verjähren die Ansprüche der LPG gegen ihre Mitglieder und

der Mitglieder gegen die LPG aus dem genossenschaftlichen Rechtsverhältnis in einem Jahr. Ansprüche aus Rechtsgeschäften des täglichen Verkehrs verjähren in der Regel in 2 bis 4 Jahren; aus Garantieansprüchen zumeist in 6 Monaten. Der Ablauf der V.sfristen kann durch Hemmung und Unterbrechung aufgehalten werden. Hinderungsgründe für den Ablauf der V.sfristen sind jeweils im Gesetz gekennzeichnet. Bei der Hemmung wird der Zeitraum, währenddessen die V.sfrist ruht (gehemmt ist), nicht in die V.sfrist eingerechnet. Im Falle der Unterbrechung der V. (z. B. bei schriftlicher Anerkennung des Anspruchs oder bei Teil- und Zinszahlungen auf die Geldforderung) beginnt danach eine erneute V.sfrist zu laufen; die abgelaufene Frist wird nicht angerechnet. Die V. der Strafverfolgung bewirkt, daß nach Ablauf der für einzelne Straftaten differenzierten V.sfristen keine Strafverfolgung mehr zulässig ist, weil das Strafverfahren und Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach diesem Zeitablauf ihre Wirkungen auf den Täter verfehlen würden. In der DDR unterliegen Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte sowie Kriegsverbrechen nicht den Grundsätzen über die V. von Straftaten; ihre V. ist gesetzlich ausgeschlossen. Die V. der Verwirklichung von rechtskräftig anerkannten Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bewirkt den Ausschluß der Strafverwirklichung nach dem jeweils für die erkannten Maßnahmen differenzierten Fristablauf.

Verkehrsrecht: Gesamtheit der Rechtsnormen, die den Verkehr regeln. Das V. erfaßt in seinem Regelungsgegenstand die Tätigkeit des Transportwesens als besondere Sphäre der materiellen Produktion, den Werkverkehr und den individuellen Verkehr sowie die Nutzung